

Erster Beigeordneter Sterzenbach informiert über einen Antrag der CDU-Fraktion aus der Haushaltsrede vom 11.04.2016 zur Prüfung der Unterbringung des Gemeindearchivs im Rahmen des Projekts „Haus der Bildung und Kultur (Theater am Park)“, welcher den Mitgliedern vor der Sitzung ausgehändigt wurde. Da diese Angelegenheit thematisch zu diesem TOP passe, biete es sich an, diesen Antrag mit zu beraten. Eine formelle Erweiterung der Tagesordnung wäre nicht nötig.

Frau Straßek-Knipp erläutert zusammenfassend, da das Projekt „Sanierung Hermann-Weber-Bad“ anderweitig gefördert werde und keine weiteren investiven Maßnahmen in dem Förderantrag IHK 2016 enthalten waren, werde sowohl der Grundförderantrag als auch der Förderantrag von 2016 auf das Jahr 2017 verschoben. Seitens der Bezirksregierung wurde empfohlen, das laufende Jahr dafür zu nutzen, die übrigen Maßnahmen, welche noch nicht abschließend beplant sind, auf einen ähnlichen Antragsstand zu bringen wie das Schwimmbad, um einen erneuten Antrag im Dezember 2016 einzureichen.

Erster Beigeordneter Sterzenbach ergänzt zum Antrag der CDU aus der Haushaltsrede, dass das Projekt „Haus der Bildung und Kultur“ somit inhaltlich in das IHK aufgenommen werde und so die oben genannte, beantragte Prüfung in den weiteren Beratungsgang eingespeist werde. Frau Pipke begrüßt dies.

Frau Zorlu zeigt sich erfreut, dass für Maßnahmen wie beispielsweise die „Umgestaltung Markplatz“ ein Wettbewerb mit Bürgerbeteiligung erfolgen soll.

Herr Liene interessiert, wer die Architekturbüros aussucht, nicht zuletzt, weil es politisch zu dem Thema noch keine abschließende Meinung gebe, besonders im Hinblick auf die Rahmenbedingungen, die für eine entsprechende Ausschreibung notwendig seien.

Frau Straßek-Knipp antwortet, dass das Prozedere zur Auswahl der Büros noch nicht im Detail mit dem Stadtplanungsbüro abgesprochen sei. Dies könne erst nach Erteilung eines weiteren Planungsauftrages erfolgen. Sicher sei, dass die Politik eingebunden werde.

Weiterhin erachtet Herr Liene es für sinnvoll, das Karree Poststraße, Siegstraße, Eipstraße so weit zu fassen, dass auch der untere Bereich der Maibergstraße in das Stadterneuerungsprogramm einbezogen wird.

Erster Beigeordneter Sterzenbach antwortet, es sei nicht ausgeschlossen, weitere Bereiche mit einzubeziehen. Er rät dazu, diese Fragestellung in die entsprechende Voruntersuchung aufzunehmen.

Herr Liene beantragt, dass der Passus „Aufnahme des Bereichs Rathausareal in die Planung“ herausgenommen wird. Nach Meinung seiner Fraktion seien bereits ohne das Rathausareal genügend Projekte in Planung, die vordringlicher seien und nicht zuletzt auch finanziell gestemmt werden müssten.

Frau Pipke spricht sich im Namen ihrer Fraktion gegen diesen Antrag aus und begründet dies.

Frau Straßek-Knipp erläutert, dass gerade bei städtebaulichen Wettbewerben die unmittelbare Umgebung des im Wettbewerb befindlichen Bereichs mit betrachtet werde, um bereits jetzt Ideen für zukünftige Nutzungsmöglichkeiten zu sammeln. Selbstverständlich könne man in diesem Verfahren sagen, dass bestimmte Vorschläge, wie Nutzungsänderung Rathausareal, in nächster Zukunft nicht umgesetzt werden.

Herr Liene formuliert seinen Antrag dahingehend um, dass das Areal um das Rathaus in die Planung mit aufgenommen werden soll und ein Rathausneubau nicht geplant sei.

Frau Zorlu hält eine Änderung für nicht erforderlich. Denn aus den Dokumenten des Städtebaubüros ginge ausdrücklich hervor, dass ein erster Diskurs über mögliche Perspektiven geführt werden soll. Dies wolle man nicht bereits im Vorfeld einschränken.

Herr Rupprecht bittet darum, auch den Kirchenvorplatz und die Fläche zwischen Asbacher Straße und Schoellerstraße mit in die Ideenwerkstatt zu nehmen. Frau Straßek-Knipp antwortet, dass dieser Bereich bereits in den Überlegungen Berücksichtigung fand.

Herr Faßbender erläutert, dass die Herausnahme des Rathauses zu einem inhomogenen Gesamtbild führen würde. Es könne nicht sein, dass der gesamte Marktbereich neu geplant werde und vor den Treppen des Rathauses aufgehört werde.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, lässt der Vorsitzende über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.